

17. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 25. OKTOBER 2005

Vorlage Nr. 430 ANTRAG
Zu TOP 17

A N T R A G

der Stadträtin Dr. Gisela Splett (GRÜNE) sowie der GRÜNE-
Gemeinderatsfraktion
vom 13. September 2005

Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit wird in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Stand und die weiteren Planungen zur Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe informiert.

Sachverhalt/Begründung:

Die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) befindet sich zwar nicht auf Ge- markung der Stadt Karlsruhe, doch sie ist nur ca. 10 km von der Karlsruher Innen- stadt und nur ca. 5 km von Karlsruher Wohngebieten entfernt. Insofern besteht bei Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern ein Informationsanspruch über Planungen und Maßnahmen, die diese Anlage betreffen. Und auch die gemeinderätlichen Gremien sollten regelmäßig über die Entwicklungen bei der Stilllegung und Beseitigung der Anlage unterrichtet werden.

Aktuell wird zwischen Bund, Land und anderen Verfahrensbeteiligten über die Neu- strukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage und Entsorgung der radioaktiven Abfälle verhandelt. Einer Landtagsdrucksache hierzu (Drucksache 13/4581) kann entnommen werden, dass es bei der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage in den letzten Jahren zu beachtlichen Projektkostenerhöhungen und -verzögerungen gekommen ist. Inzwischen wird "mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 2 Milliarden gerechnet", was mindestens einer Ver- dopplung der früher angegebenen Kosten entspricht. "Für

den Abschluss des Pro-jektes wird derzeit von einem Zeitfenster nach 2013 ausgegangen". Als Gründe wer-den u.a. genannt: Rückbauunterbrechung wegen des Plutoniumentwendungsfalls 2001; unerwartete, tiefer in den Beton eingedrungene Aktivität im Prozessgebäude; Neubewertung der Kosten für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Die ent-stehenden Mehrkosten werden, da der Beitrag der Industrie auf 511 Mio. Euro ge-deckelt war, von Bund und Land zu tragen sein.

gez. Dr. Gisela Splett

Hauptamt - Sitzungsdienste -
12. Oktober 2005

Stellungnahme: